

HERBERT NIEMANN

Kapitalismus weltweit in Schwierigkeiten – Was nun?

Voraussetzungen einer zukunftsorientierten Wirtschaftsordnung

Wie immer man es wendet, die jeweiligen ökonomischen Verhältnisse bestimmen Aussehen und Schicksal dieser Welt. Die Ökonomie ist nachprüfbar den Gesetzen unterworfen und deshalb exakte Wissenschaft mit dem Anspruch auf Allgemeingültigkeit, auch wenn dies in der von Interessengegensätzen beherrschten Meinungsvielfalt von heute oft anders erscheint.

Die ausreichende Verfügbarkeit natürlicher Reichtümer (Rohstoffe), sei es durch Vorhandensein im eigenen Land oder durch Tausch eigener gegen ausländische Produkte und Rohstoffe ist die Grundvoraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung jeder Volkswirtschaft. Durch das Maß der Verfügbarkeit werden dem angestrebten Wohlstand von vornherein natürliche Grenzen gesetzt.

Der Lebensstandard eines Volkes kann nie höher sein, als die verfügbaren natürlichen Reichtümer im Zusammenwirken mit Zahl und Qualifikation der vorhandenen Arbeitskräfte – unter Berücksichtigung der Gesamtbevölkerungszahl –, Güterproduktion und folglich Wirtschaftsentwicklung zulassen. Dies gilt selbst bei optimaler Zusammenführung der zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren und Ausnutzung aller bestehenden Tauschmöglichkeiten. Das Verhältnis von verfügbaren natürlichen Reichtümern zur Bevölkerungszahl begrenzt die Möglichkeiten weiteren wirtschaftlichen Wachstums. Selbst bei nominal erheblichem Wirtschaftswachstum kann der allgemeine Lebensstandard in einem Gemeinwesen dann nicht steigen, wenn als Folge eines Bevölkerungszuwachses der zusätzliche Güterbedarf höher ist als das gleichzeitige Wachstum des Sozialprodukts.

Besteht ein Mißverhältnis zwischen wirtschaftlichen Möglichkeiten, Bevölkerungszahl und Bevölkerungswachstum und ergibt sich daraus eine Verelendung breiter Massen eines Landes, kann nur Geburtenkontrolle und -beschränkung auf Dauer helfen. Dies aber ist eine Aufgabe, die das jeweils betroffene Land selbst leisten muß. Hier zu einem ökonomisch vertretbaren Gleichgewicht zu kommen, liegt nicht zuletzt im Interesse der internationalen Staatengemeinschaft wegen der aus der Überbevölkerung sich sonst ergebenden Gefahren für den Weltfrieden.

Da die Leistungsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme – und dies gilt für alle Sicherungssysteme, auch die privater Art – auf dem sogenannten Generationenvertrag beruht, ist dessen Stabilität vor allem dadurch gefährdet, daß – wie zunehmend in der BRD –

Herbert Niemann – Jg. 1924; Jurist. Langjährige Tätigkeit in der Sozialversicherung, veröffentlichte zuletzt in »UTOPIE kreativ«, Nr. 85/86 (November/Dezember 1997): »Überlegungen zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft«.

»Als Tauschmittel erscheint Geld als notwendiger Vermittler zwischen Produktion und Konsumtion. In dem System des entwickelten Geldes produziert man nur, um auszutauschen, oder man produziert nur indem man austauscht. Das Geld weggestrichen, würde man also entweder auf eine niedrigere Stufe der Produktion zurückgeworfen ... oder man würde zu einer höheren fortgehen, worin der Tauschwert nicht mehr die erste Bestimmung der Ware, weil die allgemeine Arbeit, deren Repräsentant [er] ist, nicht mehr als nur zur Gemeinschaftlichkeit vermittelte Privatarbeit erschiene.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 143.

»Für den Wert, der sich als Wert festhält, fällt schon deswegen Vermehren mit Selbsterhalten zusammen, und er erhält sich eben nur dadurch, daß er beständig über seine quantitative Schranke hinaustreibt, die seiner Formbestimmung, seiner innerlichen Allgemeinheit widerspricht. Das Bereichern ist so Selbstzweck. Die zweckbestimmende Tätigkeit des Kapitals kann nur die der Bereicherung, d.h. der Vergrößerung, der Vermehrung seiner selbst sein.«

Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 196.

geburtenschwache Jahrgänge durch die Altersfürsorge für eine zahlenmäßig starke Vorgeneration überfordert werden. Eine kinderfreundliche Familienpolitik, die für einen ausgewogenen Bevölkerungsaufbau sorgt, ist daher eine wichtige Aufgabe staatlichen Handelns. Aber eine solche Politik kostet Geld. Wenn aktuelle Finanzierungsprobleme gerade hier zu ›Knausrigkeit‹ und Einsparungen führen, erweist dies sich auf Dauer als kurzsichtig und gefährdet Wohlstand und soziale Sicherheit zukünftiger Generationen.

Allein menschliche Arbeit und natürliche Reichtümer bringen über ihre Zusammenführung in der Produktion in Verbindung mit internationalem Handelsaustausch den Wohlstand der Nationen hervor. Der Einsatz menschlicher Arbeit, die Beschaffung der erforderlichen Rohstoffe und die Vermarktung der erwirtschafteten Produkte muß organisiert sein. In einem Gemeinwesen – und wie sich immer mehr herausstellt, auch global – kann dies nur einheitlich, das heißt nach einer wohldurchdachten, vorgegebenen Wirtschaftsordnung geschehen. Sie muß, soll sie von allen Gesellschaften auf der Erde dauerhaft akzeptiert werden, krisen- und zukunftssicher sein.

Im Gegensatz zu den Lehrsätzen der vorherrschenden volkswirtschaftlichen Theorien ist das Vorhandensein von ertragbringendem Geldkapital kein für das Funktionieren einer Wirtschaft notwendiger oder gar unabdingbarer Produktionsfaktor. Der Geldkapitalbildung ist immer erst die Güterproduktion, das heißt das Zusammenfügen von Arbeit und Rohstoffen vorausgegangen. Sind Produkte hergestellt und kommen sie auf den Markt, stehen sich Arbeitgeber als Verkäufer und Arbeitnehmer als Käufer gegenüber. Dies gilt unabhängig von der Wirtschaftsordnung, in der sich diese Beziehung entwickelt. Für seine Arbeitsleistung erhält der Arbeitnehmer Geldlohn, den er zum Kauf von lebensnotwendigen oder ihm wichtig erscheinenden Gütern (z.B. auch für Investitionen in den Eigenheimbau oder die Einrichtung eines Gewerbebetriebes) verwendet. Ertragbringendes Geldkapital als Basis des kapitalistischen Systems entsteht erst durch Konsum- bzw. Investitionsverzicht auf der Einkommensseite und produktive Verwendung der so gesparten Geldmittel als Investitionen auf der Produktionsseite. Anstelle des Sparers verwendet ein anderer das gesparte Geld. Für die Überlassung des gesparten Geldes als Kredit zahlt der Kreditnehmer Zinsen an den Kreditgeber.

Durch die Verselbständigung dieses Mechanismus entsteht eine künstlich aufgepfropfte, im Grunde völlig überflüssige neue, die originären Produktionsfaktoren Arbeit und Rohstoffe überlagernde, auf Geldschneiderei und Ausbeutung über den Zins hinauslaufende Wirtschaftsbeziehung, die als Kredit- und Zinswirtschaft mehr und mehr eine gesamtwirtschaftlich beherrschende Stellung einnimmt. Die Verwertungsinteressen der Geldvermögensbesitzer gewinnen im gesamten wirtschaftlichen Geschehen – auch im staatlichen Bereich – die Oberhand. Die Förderung des Gemeinwohls als wesentliches Staatsziel wahrer Demokratie gerät immer mehr ins Hintertreffen.

Was als Geldkapital investiv verwendet (angelegt) worden ist, kann, weil verbraucht, nicht noch einmal verwendet werden, auch wenn es auf der Gläubigerseite in der Bilanz als »Guthaben« er-

scheint. Guthaben dieser Art gleichen einer Fiktion und dienen nur noch als Basis zur Begründung davon ausgehender Zinsansprüche. Für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirken sie langfristig strangulierend, da alle produktiven wirtschaftlichen Aktivitäten immer mehr eingengt werden. Der von den Zinsforderungen ausgehende Wachstumszwang, der am Ende nicht mehr befriedigt werden kann, ist der »Knackpunkt« des kapitalistischen Systems (vgl. meine diesbezüglichen Beiträge in »UTOPIE kreativ«, Heft 52 und 73/74).

Sind Arbeitskräfte und ausreichend Rohstoffe vorhanden, die in einem krisenfreien Wirtschaftssystem auf Basis des technischen Fortschritts beständig in wirkungsvoller Weise neu kombiniert werden, ist – wenn gewünscht – Wirtschaftswachstum theoretisch dauerhaft möglich. Verzinsten Geldkapitals bedarf es hierzu nicht. Die notwendigen finanziellen Mittel können im Umlageverfahren, über Steuern und Abgaben beschafft werden. Wird so verfahren, erweist sich ertragbringendes Geldkapital als überflüssig wie ein Kropf. Es bringt volkswirtschaftlich keinen Nutzen. Im Gegenteil wird mit seinem Anwachsen das Gemeinwohl immer mehr beeinträchtigt.

Aus der Endlichkeit der benötigten Rohstoffe und aus den mit zunehmender Produktion wachsenden Umweltbelastungen erwächst allerdings eine grundlegende Beschränkung der Wachstumsmöglichkeiten. Die Vorstellung unbeschränkten Wachstums bleibt am Ende eine Illusion. Der durch die Kredit- und Zinswirtschaft implizierte Wachstumszwang muß also notwendig an seine Grenzen stoßen und an ihnen scheitern. Wird jedoch in einer neuen Wirtschaftsordnung dieser Wachstumszwang aufgehoben, ist es möglich, ein effizientes System der Bedarfsdeckung mit der Erhaltung der natürlichen (lebenssichernden) Umwelt in Übereinstimmung zu bringen. Jede Volkswirtschaft kann dann eigenständig darüber entscheiden, welcher Lebensstandard als ausreichend angesehen wird und ob es hierzu weiteren Wachstums bedarf.

Um eine zukunftssichere zinsfreie und wachstumsunabhängige Wirtschaftsordnung zu etablieren, ist die Änderung des bisherigen Finanzierungssystems unabdingbar. Für die Aufrechterhaltung des Produktionsapparates, seinen Auf- und Ausbau, seine Erneuerung und Anpassung an den neuesten Stand der Technik bedarf es in jeder geldwirtschaftlichen Ordnung der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel. Wenn Selbstfinanzierung an Stelle von Fremdfinanzierung stattfindet, erübrigt sich die für kapitalistische Verhältnisse typische Akkumulation ertragbringenden Geldkapitals. Die für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen (finanziellen) Aufwendungen könnten – so wie dies in der kapitalistischen Marktwirtschaft in bezug auf die Zinsaufwendungen auch jetzt geschieht – von den Betrieben über die Preise refinanziert werden. Darüber hinaus wäre auch ein *von der Wirtschaft für die Wirtschaft* im Umlageverfahren finanzierter Kapitalfonds denkbar, aus dem – gegebenenfalls gegen moderate Zinsen, die wiederum dem Kapitalfonds zufließen – größere Investitionen und Hilfen für notleidende Betriebe ermöglicht würden.

Aus Steuermitteln finanzierte staatliche Subventionen sollten nur dort verwendet werden, wo sie bereits im derzeit herrschenden Finanzierungssystem zu finden sind: Anschubfinanzierung neuer

»Eine Strategie der nachholenden Industrialisierung (wird), sofern sie in aller Welt verfolgt wird, auch an ökologischen Grenzen scheitern. Denn die für industrielle Produktionsprozesse verfügbaren materiellen und energetischen Ressourcen sind ebensowenig grenzenlos wie die Kapazität der Senken für die Emissionen der Industriegesellschaften. (...) An der Grenze der Tragfähigkeit von öffentlichen Gütern befinden sich alle Akteure in dem »Gefangenendilemma«, das sie nur meiden können, indem sie äußeren Regeln ausgesetzt werden, die eine mäßigende Wirkung erzwingen. Wirtschaften braucht also ein äußeres Maß gegen die selbstreferentiell konstituierte Schrankenlosigkeit. Es ist kein Verlaß auf die Regeln des Rationalkalküls mikroökonomischer Einheiten und auf die Abstimmung durch den Markt.«
Elmar Altvater/Birgit Mahnkopf: Grenzen der Globalisierung, Münster 1996, S. 530, 531.

»Die politische Ökonomie hat es mit den spezifischen gesellschaftlichen Formen des gesellschaftlichen Reichtums oder vielmehr der Produktion des Reichtums zu tun. Der Stoff desselben ... erscheint zunächst allen Produktionsweisen gemeinsam. (...) Was darüber allgemeines gesagt zu werden pflegt, beschränkt sich auf Abstraktionen, die einen historischen Wert hatten in den ersten Versuchen der politischen Ökonomie... Später werden sie zu lederen Gemeinplätzen, um so widerlicher, je mehr sie mit wissenschaftlicher Präntation auftreten. Es gilt dies vor allem, was die deutschen Ökonomen unter der Kategorie von ›Gütern‹ abzuschwatzen pflegen.«
Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW, Bd. 42, S. 741.

Produktionsstätten, Einführung neuer Techniken, zur Entlastung vorübergehend in Schieflage geratener Produktionszweige und bei hohem öffentlichen Interesse, wenn die sonst zu fordernden Preise nicht mehr akzeptiert werden, z.B. im öffentlichen Nahverkehr und im Kulturbereich.

Es ist aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellung und Zielsetzung durchaus sinnvoll, die Wirtschaftswissenschaften in Volkswirtschafts- und Betriebswirtschaftslehre zu unterteilen. Im neueren Schrifttum wird gern von Mikro- und Makroökonomie gesprochen, was den Eindruck erwecken soll, als ob die für Einzelbetriebe geltenden Gesetze weitgehend auch auf die Volkswirtschaft übertragen werden könnten.

Gegenstand der Volkswirtschaftslehre ist es, die Voraussetzungen für den Wohlstand der Nationen zu ergründen. Sie ist dazu berufen, unabhängig von Ideologien, Einzel- und Gruppeninteressen die Zusammenhänge gesamtwirtschaftlichen Geschehens aufzudecken und Wege für volkswirtschaftlich richtige Entscheidungen zu finden und aufzuzeigen. Wohlstand ist auf Dauer angelegt. Die Volkswirtschaftslehre hat deshalb nicht nur das kurzfristige Heute und Morgen, sondern mit großem Ernst auch die überschaubare Zukunft in ihre Überlegungen einzubeziehen. Nirgends wird dies so deutlich wie bei der Problematik des Umweltschutzes und des schonenden Umgangs mit natürlichen Reichtümern.

Alle wirtschaftlichen Aktivitäten, welcher Art auch immer, haben ihre Grundlage im Handeln des einzelnen, der als Produzent von Gütern oder durch Erbringen von Dienstleistungen allein oder im Zusammenwirken mit anderen tätig wird. Die Betriebswirtschaftslehre beschäftigt sich damit, wie im Einzelbetrieb optimale Wirtschaftsergebnisse zu erzielen sind. Diese Zielsetzung gilt sowohl für eine kapitalistische als auch für eine – richtig verstandene – sozialistische Wirtschaft, so daß es verfehlt wäre, von einem kapitalistisch oder sozialistisch ausgerichteten Einzelbetrieb zu sprechen. Es führt deshalb auch zu nichts, wenn rein schematisch von *der* kapitalistischen Produktionsweise gesprochen wird, die es durch eine andere zu ersetzen gilt. Der Unterschied, von der Art der Finanzierung als wichtigstem Kriterium abgesehen, besteht einzig und allein darin, inwieweit der Einzelbetrieb an volkswirtschaftliche Vorgaben gebunden ist.

Die Einzelbetriebe zusammen bilden die Volkswirtschaft. Beim Zusammentreffen vieler Einzelunternehmen mit dem gesamtstaatlichen Interesse ergeben sich zwangsläufig Wechselwirkungen, die nicht außer acht gelassen werden dürfen, wenn in einem Gemeinwesen Wohlstand für alle erreicht werden soll. Der Einzelbetrieb steht unaufhörlich im Spannungsfeld und unter dem Einfluß gesamtwirtschaftlicher Entwicklungen. Nur wenn der Einzelbetrieb ständig die gesamtwirtschaftlichen Abhängigkeiten (innerstaatliche und äußere Zwänge), deren Rückwirkungen und mögliche Störfaktoren beachtet, kann betriebliche und volkswirtschaftliche Stabilität erreicht werden und gewahrt bleiben. Dies erfordert gesamtwirtschaftliches Mitdenken. Das Gemeinwohl darf dabei nicht außer acht gelassen werden. Produktion und Produktionsweise der Betriebe haben sich den volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten unterzuordnen und anzupassen.

Aufgabe und Ziel der Einzelbetriebe ist es, die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen in guter Qualität so preisgünstig wie möglich zu befriedigen und bei der Produktion alle Effektivitätspotentiale und Möglichkeiten des technischen Fortschritts unter Beachtung des Gemeinwohls zu nutzen. Weil einzelbetrieblicher Gewinn dem Betrieb seine Existenz sichert und die Erfüllung seiner Aufgaben für die Zukunft erleichtert, ist jeder auf eigene Rechnung selbständig wirtschaftende Betrieb von seiner Aufgabenstellung her auf Gewinnerzielung oder mindestens auf Erreichen der Gewinnschwelle ausgerichtet. Ohne Gewinn kein wirtschaftliches Wachstum. Solange gesamtwirtschaftliches Wachstum notwendig oder erstrebenswert ist, kann auf Gewinne durch die Unternehmen nicht verzichtet werden. Sie dürfen deshalb auch nicht verteufelt werden. Profite auf der Grundlage ertragbringenden Geldkapitals oder im Sinne müheloser Einkünfte allerdings bringen keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen, sondern schaden im Gegenteil.

Die Volkswirtschaft als Makrostruktur bildet den Rahmen für die Aktivitäten der Einzelbetriebe. Das Aufgabengebiet der Volkswirtschaftslehre ist damit ungleich weiter gesteckt als der Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre mit ihrem Ziel der einzelbetrieblichen Gewinnoptimierung. Genauso wie das soziale Sicherungssystem in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung einen festen Platz einnehmen muß, bilden auch Umweltschutz, Forschung, Innovation, Kultur und Bildungswesen einen integralen Teil des volkswirtschaftlichen Ganzen. Damit wachsen der Volkswirtschaftslehre Aufgaben zu, die sie im großen und ganzen bisher nur beiläufig und am Rande in ihre Überlegungen einbezogen hat.

Die heute dominierende neoliberale Wirtschaftstheorie leugnet die Notwendigkeit wirtschaftlicher Steuerung grundsätzlich. Sie vertraut auf die »Kräfte des Marktes«, die alles autonom mit »unsichtbarer Hand« richten sollen. Wenn auf dem Markt freie Preisbildung stattfindet, wird nach dieser Ansicht das »Chaos« der Millionen einzelbetrieblicher Entscheidungen »wie durch ein Wunder« in eine volkswirtschaftlich effektive Ordnung verwandelt. Es versteht sich von selbst, daß dann auch der Lohn im marktwirtschaftlichen Sinne nur der »Preis« geleisteter Arbeit sein kann. Erklärtes Ziel der Apologeten dieses Systems ist es zu erreichen, daß auch die Löhne dem freien Spiel der Kräfte ausgesetzt werden. Am leichtesten wäre dieses Ziel durchzusetzen, wenn die Lohnverhandlungen – anders als beim Flächentarifvertrag – den Einzelbetrieben überlassen würden. Ohne starke Gewerkschaften wären die Unternehmerverbände mit diesem Vorhaben schnell am Ziel. Ein Abwägen zwischen einzelbetrieblichem Gewinninteresse und möglichen negativen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen findet in diesem System am Ende nicht mehr statt. Alles orientiert sich nach neuestem Sprachgebrauch nur noch am »shareholder value«. Das Betriebsinteresse fixiert sich auf den höchstmöglichen Gewinn, um die Dividenden der Aktionäre zu steigern. Arbeitnehmerinteressen und Gemeinwohl bleiben dabei immer mehr auf der Strecke.

Antriebsmotor aller privatwirtschaftlichen Aktivitäten ist das individuelle Gewinninteresse, das unmittelbar aus dem Privateigentum an Unternehmen oder aus der Beteiligung an diesen folgt.

»Die Neoklassik fußt ausdrücklich auf klassischen Ansätzen, lehnt aber grundsätzlich die von David Ricardo, Adam Smith und Karl Marx begründete Arbeitswertlehre ab. Anknüpfend an Adam Smiths »Freiheit des Individuums« wurde eine individualistische Nutzungslehre konzipiert. (...) Demnach informiert der Preis die Marktteilnehmer, er zeigt die Grade der Knappheit an und garantiert im Gleichgewichtszustand die beste Versorgung der Gesellschaft mit Gütern. Je weniger in den Markt interveniert werde, desto größer sei der Wohlstand. (...) Die verschiedenen neoklassischen Konzepte erfreuen sich wohl deshalb so großer Beliebtheit, weil sie ein einfaches ideologisches Gerüst anbieten (Individualismus, Freiheit des einzelnen) und sie eine eindeutige Absage an staatliche Regulierungen und vor allem an kollektive Lösungen enthalten. Der Neoklassik gelang es, ... den Marxismus in die Defensive zu drängen und die Grenzen des Keynesianismus deutlich zu machen.« Robert Kappel: Von der Ökologie der Mittel zur Ökologie der Ziele? Die Natur in der neoklassischen Ökonomie und ökologischen Ökonomie, in: Peripherie, Nr. 54 (August 1994), S. 64, 65.

Private Gewinnanreize bestehen aber nur und nur solange, wie die Gegebenheiten des Marktes hinreichend günstige Verwertungsbedingungen des eingesetzten Kapitals gewährleisten. Je geringer das wirtschaftliche Wachstum, desto geringer die Gewinnchancen und -erwartungen. Der marktwirtschaftliche Mechanismus von Wettbewerb, Eigennutz und Eigeninteresse wird den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr gerecht. Die sich selbst überlassene Wirtschaft wird zunehmend steuerungslos. Dies ist am Ende die zwangsläufige Folge des kapitalistischen Systems, wenn die die Volkswirtschaft überziehenden Zinslasten durch wirtschaftliches Wachstum nicht mehr ausgeglichen werden und immer mehr Betriebe die Gewinnzone nicht mehr erreichen.

Die »freie« Marktwirtschaft versteht sich ausdrücklich als »Konkurrenzwirtschaft«. Über die Konkurrenz sollen die wirtschaftlichen Aktivitäten indirekt gesteuert und auf Effizienz ausgerichtet werden. Was der Einzelbetrieb an Wettbewerbsvorteilen zu nutzen versucht – seien es Leistungsverbesserungen oder Kosteneinsparungen –, wird in der Regel auch von anderen Wettbewerbern in gleicher Weise angewandt. Geht das wirtschaftliche Wachstum jedoch zurück, nimmt der Konkurrenzdruck zu. Es kommt zu einem ruinösen Wettbewerb, in dem jeder Betrieb den anderen nicht zuletzt durch größere Kostenersparnis oder Preissenkung zu verdrängen sucht. Gesamtwirtschaftlich erweisen sich alle derartigen Überlebensstrategien der Einzelbetriebe, seien es Rationalisierungsmaßnahmen oder Einsparungen bei den Lohnkosten, als wirkungslos, wenn ausreichendes Wirtschaftswachstum nicht mehr Gewinne für alle sichert und für viele das Abrutschen in die Verlustzone unvermeidlich wird. Der Weg in die Pleite ist für alle Betriebe vorgezeichnet, die im Wettbewerb – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr mithalten können.

Ohne stetes ausreichendes Wachstum können in einem kapitalistischen System auch alle noch so rigorosen Sparmaßnahmen – weder in den Einzelbetrieben noch im staatlichen Bereich – nicht die infolge der Zinswirtschaft entstandenen Ungleichgewichte dauerhaft beseitigen. Der gesamtwirtschaftliche Zusammenhang zwischen Nachfrage (Kaufkraft) und Produktion ist eben mit den Gegebenheiten im privaten Haushalt, wo Sparen im Bedarfsfalle durchaus ein geeignetes Mittel sein kann, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wieder herzustellen, nicht vergleichbar. Bei unzureichendem Wachstum kann eine Bilanzverbesserung der Unternehmen und ein Haushaltsausgleich im staatlichen Bereich mittels einer auf Kosten- und Ausgaben senkung ausgerichteten Sparpolitik nur um den Preis volkswirtschaftlichen Niedergangs erreicht werden. Ein dauerhaftes wirtschaftliches Gleichgewicht ist auf diese Weise nicht zu erreichen, weil die systemgemäß vorhandenen und weiter wachsenden Zinslasten dies verhindern.

Besondere Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang das dem kapitalistischen System immanente Zurückbleiben der Nachfrage hinter dem Angebot. Eine Tendenz, die mit wachsender Verschuldung der Volkswirtschaft zunimmt und die über eine radikale Spar- und breite Bevölkerungsschichten treffende Steuererhöhungspolitik weiter verstärkt wird.

Ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht kann daher nicht erreicht werden, wenn die einzelbetrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen und Kosteneinsparungen zu immer höherer Arbeitslosigkeit führen. Der daraus resultierende Lohnausfall bedeutet zugleich Nachfrageausfall. Die durch Reallohnsenkungen ausgelösten Wirkungen werden noch verstärkt. Der Nachfrageausfall führt zu Produktionsrückgängen und so zu weiterer Arbeitslosigkeit. Der Weg in die Krise wird durch allein an einzelbetrieblichen Vorteilen orientierte Maßnahmen nicht aufgehalten. Das gleiche gilt für Steuererschenke an Firmen. Wenn sie nicht aus gesamtwirtschaftlichem Wachstum gespeist werden, ist es unvermeidlich, daß sie am Ende durch die breite Masse der Steuerzahler und Käufer finanziert werden müssen und so zu weiterem Nachfrageausfall führen.

Es ist müßig, darüber zu streiten, ob und inwieweit unternehmerisches Fehlverhalten, eine falsche Lohn- und Tarifpolitik oder eine unausgewogene Steuerpolitik für den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verfall in der BRD mit verantwortlich sind. Lügen hier die Ursachen, müßten die Fehlentwicklungen zu korrigieren sein.

Bei genauer Betrachtung ergibt sich, daß die wesentlichen Gründe für den weltweiten unaufhaltsamen wirtschaftlichen Verfall im kapitalistischen Finanzierungssystem zu suchen sind. Die weitgehende Fremdfinanzierung wirtschaftlicher Aktivitäten jedweder Art führt zu einem stetigen Anstieg der Zinslasten. Können die die Volkswirtschaft überziehenden Zinsforderungen infolge zurückgehenden Wachstums nicht mehr bedient werden, ist bei Aufrechterhaltung dieses Systems der gesamtwirtschaftliche Abschwung nicht zu verhindern. Da das für das Funktionieren des Kredit- und Zinssystems notwendige, unablässig steigende Wirtschaftswachstum in den hochentwickelten westlichen Industriestaaten in Zukunft nicht mehr zu erwarten ist, ergibt sich unausweichlich die Notwendigkeit, zu einer wachstumsunabhängigen Wirtschaftsordnung überzugehen. Unabdingbare Voraussetzungen hierfür sind die Überwindung der Kredit- und Zinswirtschaft, eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln sowie Einrichtung funktionstüchtiger Steuerungsmechanismen.

Grundelemente einer sozialistischen Wirtschaftsordnung

Beseitigung der Kredit- und Zinswirtschaft bedeutet die Reduzierung der vagabundierenden Geldkapitalmenge auf ein volkswirtschaftlich vernünftiges Maß. Ohne Fremdfinanzierung durch *privates* Geldkapital sind *private* Einzelbetriebe, soweit sie die Größe von Kleinbetrieben überschreiten, jedoch nicht lebensfähig. Wenn anstelle des bisherigen ein Finanzierungssystem treten soll, das die gewünschte wirtschaftsstabilisierende und zukunftssichere Wirkung hat, gibt es zur Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum keine Alternative. Dies schließt die Eigentumsrechte an Grund und Boden als einer für die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems wichtigen Quelle müheloser Einkünfte ein. Eine Unterscheidung zwischen Verfügungs- und Nutzungsrecht könnte hier insbesondere eine dauerhafte Lösung des für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit eminent wichtigen Wohnungsproblems bringen (vgl. »Wohnungskatastrophe. Ursachen

»Die kapitalistische Produktionsweise ist durch einen immanenten Widerspruch gekennzeichnet, der die Steigerung der Ausbeutung produktiver Arbeit in Gegensatz zur Verwertung des Kapitals treten läßt. Dieser Widerspruch, der auch als Widerspruch zwischen Rate und Masse des Mehrwerts gefaßt werden kann, entspringt den modernen Methoden der Produktivitätssteigerung, durch die der einzelne Arbeitstag produktiver gemacht wird, indem die Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage reduziert wird. Nur über ein bestimmtes Tempo der Kapitalakkumulation erhält dieser immanente Widerspruch der kapitalistischen Mehrwertproduktion eine ruhige Bewegungsform...«
Stephan Krüger: Konjunktur und Krise, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 7-8/98, S. 4.

»Demokratisierung wirtschaftlicher Entscheidungen« ist das Stichwort, das in diesem Jahrhundert die Rückbindung zunächst selbstständiger gesellschaftlicher Reproduktion ausdrückt. Sie funktioniert nur, wenn Individuen sich selbst zu Gegenmächten organisieren – freilich ein Paradoxon. Diese zu Mächten assoziierten Individuen bringen aber nur dann neue Selektions- und Evolutionskriterien in den Kommunikations- und Regulationsprozeß, wenn sie zugleich auch an Lebenswelten gebunden bleiben. Die Entleerung der politischen Kommunikation durch Parteienparlamentarismus und Gewerkschaftsbürokratie zeigt, daß dies durchaus ein prekäres Problem ist...«

Rainer Land: Ist wirtschaftliche Entwicklung gestaltbar?, in: Michael Brie/Dieter Klein (Hrsg.): Umbruch zur Moderne?, Hamburg 1991, S. 190.

und Auswege« in: Sozialismus, 2/94 S. 41). Damit werden tiefgreifende Verfassungsfragen berührt (Art. 14 GG), zu denen auch das Recht auf angemessene Entschädigung gehört (vgl. dazu meine Überlegungen in: UTOPIE kreativ, Nr. 85/86).

Soweit die Überführung privaten Eigentums in Gemeineigentum erforderlich ist, darf das damit verfolgte Ziel nicht durch eine zu großzügige Entschädigung unterlaufen werden. Richtschnur ist das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes (Art. 20 I GG). Im Zentrum steht dabei die Frage, ob die gegenwärtige Wirtschaftsordnung mit ihren ökonomischen Zwängen und Folgen, vor allem mit der Aufspaltung der Gesellschaft in arm und reich, in Arbeitsbesitzer und Arbeitslose noch mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Davon hängt ab, was notwendig zu tun ist. Ein »Selbstmord« von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft aus ideologisch motivierter Treue zu einem ruinösen Wirtschaftsmodell wird von keiner Verfassung gedeckt.

Aufgabe aller staatlichen Gewalt ist es, Wirtschaft und Gesellschaft so zu ordnen, daß im Rahmen des Möglichen Wohlstand für alle erreicht wird. Wohlstand findet seinen Ausdruck in der Produktivität der Einzelbetriebe, in der Kaufkraft der Bevölkerung sowie nicht zuletzt im Stand von Kultur, Bildung und Gesundheitswesen. Wenn der in der BRD erreichte Wohlstand jetzt und in Zukunft nicht gefährdet und gleichmäßiger auf alle sozialen Schichten verteilt werden soll, muß das verteilbare Sozialprodukt (Volkseinkommen) in seinem derzeitigen Umfang stabil gehalten werden. Trotz demographisch bedingten Rückgangs des ökonomisch aktiven Teils der Bevölkerung kann der bisherige Wohlstand für alle, auch bei heutigem Rentenniveau, weiterhin gesichert werden, wenn es gelingt, wieder Vollbeschäftigung zu erlangen und zu sichern. Das Erreichen der Vollbeschäftigung kann daher in seiner gesellschaftlichen Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden, da nur so der im Zusammenhang mit der Sicherheit des Rentensystems immer wieder diskutierte (und zum Teil auch in Frage gestellte) »Generationenvertrag« auf Dauer aufrechtzuerhalten ist. In allen sozial ausgerichteten Gesellschaftssystemen müssen die zu gegebener Zeit jeweils verfügbaren Güter auf die lebenden Generationen gerecht verteilt werden. Es ist absurd, dabei von der Ausbeutung der Jüngeren durch die Alten zu sprechen, weil ohne die vorherige produktive Leistung der (jetzt) Alten eine Produktion auf dem gegenwärtigen Niveau gar nicht möglich wäre. Das wahre Ausbeutungspotential, das bewußt verschwiegen wird, liegt im heutigen kapitalistischen System in den Folgen der Kredit- und Zinswirtschaft, die in der BRD mit jährlichen Zinslasten in Höhe von mehreren Hundert Milliarden D-Mark die gesamten Rentenleistungen bei weitem übersteigen dürften.

Bei Vollbeschäftigung führt in der Rentenversicherung das nach individueller Leistungsfähigkeit abgestufte Umlageverfahren neben der Finanzierungssicherheit zu größtmöglicher sozialer Gerechtigkeit. Die von interessierter Seite (Unternehmen, Versicherungskonzernen und Banken) immer lauter geforderte Umstellung der Rentenfinanzierung auf das Kapitaldeckungsverfahren ist nicht geeignet, das Rentensystem langfristig zu sichern. Die angesammelten Kapitalbeträge sollen in diesem Modell genau wie andere Sparein-

lagen auch über die Finanzierung von Investitionen zinsbringend angelegt werden. Das heißt, die zukünftig fälligen Rentenzahlungen könnten außer aus den dann noch anfallenden Beitragszahlungen zum größten Teil nur aus den dann zu erwartenden Zinsleistungen und Vermögenserträgen erbracht werden. Kommt es jedoch zu einer ernststen Wirtschaftskrise oder gar zum Zusammenbruch des Kredit- und Zinssystems, erweist sich die angepriesene ›private Zukunftsvorsorge‹ als hehre Illusion. Weil die ›erwarteten‹ Kapitalerträge nicht zur Verfügung stehen, können auch die zugesagten privaten Renten nicht gezahlt werden. Dazu kommt, daß völlig offen ist, wie eine derartige Umstellung des Rentenfinanzierungssystems sozial verträglich bewerkstelligt werden könnte.

Wer den Wohlstand von heute sichern und für die Zukunft erhalten will, kommt nicht daran vorbei, alle Quellen müheloser Einkünfte zu verstopfen. Das betrifft nicht nur Einkommen aus Zinsen, Dividenden, Kapitalbeteiligungen und Bodeneigentum, sondern auch überhöhte Gehälter und sonstige Einkünfte, die gemessen am Durchschnittseinkommen in keinem angemessenen Verhältnis zu der für die Gesellschaft erbrachten Leistung stehen. Diese Zahlungen gehen zu Lasten der nicht daran teilhabenden Arbeitnehmer, die sie erwirtschaften müssen und dann um ihren gerechten Anteil am Sozialprodukt gebracht werden. Die großen Vermögen einzelner, seien es Eigentumsrechte an Produktionsmitteln, an Grund und Boden, sei es akkumuliertes Geldkapital, entspringen nicht der individuell für die Gesellschaft geleisteten Arbeit. Sie sind Folge und Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaftsform mit ihren vielfältigen Möglichkeiten der Erzielung müheloser Einkünfte. Übersteigt das Einkommen mehr oder minder dauerhaft die für eine angemessene Lebensführung erforderliche Höhe, eröffnet die zinsbringende Anlage des Überschusses die Möglichkeit zu seiner unbegrenzten Vervielfachung. Seine extremsten Auswüchse findet dieses System in der Finanzspekulation, die letztlich zu Lasten der breiten Masse geht. Was des Volkes Hände schaffen, soll des Volkes eigen sein! Dies ist nicht ein abgegriffenes Schlagwort von gestern, sondern ein nach wie vor aktuelles Gebot allgemeiner Gerechtigkeit.

Um endlose, politisch-ideologisch aufgeladene Debatten zu vermeiden, wäre unter einer sozialistischen Wirtschaftsordnung – ideologiefrei – eine Gesellschaft zu verstehen, die auf Kredit- und Zinswirtschaft sowie alle Möglichkeiten der Erzielung müheloser Einkünfte verzichtet. In einem solchen System ist die rasche Anpassung an veränderte wirtschaftliche Erfordernisse und an einen sich ändernden Bevölkerungsaufbau über entsprechende politische Zielsetzungen kein besonderes Problem mehr. Da das System nicht zwanghaft auf Wachstum und Kapitalakkumulation fixiert ist, kann es flexibel reagieren. Voraussetzung ist allerdings eine effektiv arbeitende gesellschaftliche Organisation, durch die Reibungsverluste, die infolge des ständigen strukturellen Wandels auftreten, so gering wie möglich gehalten werden.

Der Einzelbetrieb ist in die Gesamtwirtschaft eingebettet. Sein Erfolg hängt deshalb entscheidend davon ab, daß die gesamtwirtschaftliche Entwicklung kontinuierlich verläuft. Dies setzt Stabilität in allen ökonomischen Bereichen voraus. Dazu bedarf es Rah-

»Die administrativ-bürokratische Planung der Produktion hat ein Spiegelbild in der Diktatur der Bedürfnisse. Eine dynamische Wirtschaft, die den materiellen Reichtum vergrößert, die Erweiterung der Bedürfnisse erlaubt und die zur materiellen Reproduktion notwendige Arbeitszeit verkürzt, setzt die Wechselwirkung der Veränderung von Produktion und Bedürfnis voraus und damit die Selbststeuerung eines Reproduktionsprozesses, der nicht durch direkte Vorgaben an der Veränderung gehindert wird. Die mit der Reproduktion sich verändernden Bedingungen der Reproduktion schließen strenge Planungsvorgaben aus.

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990, S. 49.

menbedingungen, die bewußt geschaffen bzw. vorgegeben werden und langfristig gelten, damit sich der Einzelbetrieb verläßlich darauf ausrichten kann. Produktion, Kaufkraft, öffentliche Aufgaben und nicht zuletzt auch der Umweltschutz müssen so aufeinander abgestimmt sein, daß höchste Effektivität erreicht wird. Auch die Bevölkerungsentwicklung muß sich in diesen Rahmen einpassen. *Oberste Richtschnur ist das Gemeinwohl und das Gebot der sozialen Nützlichkeit.*

Die Möglichkeiten, einen effizienten und realistischen Volkswirtschaftsplan aufzustellen, waren noch nie so günstig wie in der Gegenwart. Mit Hilfe elektronischer Systeme können die benötigten Daten schnell erfaßt und so verarbeitet werden, daß sie für untergeordnete Planungsstellen und Einzelbetriebe eine verläßliche Orientierung darstellen, ohne daß das Planungssystem selbst notwendig unflexibel würde. Wer gegen Wirtschaftsplanung polemisiert und auf die nicht zu beschönigenden Erfahrungen des »Realsozialismus« von gestern verweist, muß sich fragen lassen, ob er das sich anbahnende ökonomische Chaos in der Welt von heute vorzieht.

Es ist unbestreitbar, daß die Wirtschaftsleistung des ehemaligen sozialistischen Lagers erheblich hinter der führenden westlichen Industriestaaten zurückgeblieben ist. Es wäre aber unaufrichtig und ungerecht, die aus den Zwängen des »Kalten Krieges« sich ergebenden Benachteiligungen der sozialistischen Staaten zu übersehen. Hier wären vor allem die gewaltigen Rüstungsaufwendungen zu nennen, die aus einem um ein Vielfaches geringeren Sozialprodukt bestritten werden mußten. Erschwerend kam der weithin fehlende Zugang zu den dem Westen offenstehenden Rohstoffquellen und zu den vom Westen besetzten Märkten hinzu. Der Westen war zur damaligen Zeit ökonomisch größer, reicher, stärker und effektiver. Der immense Unterschied im Lebensstandard zwischen den »reichen« hochindustrialisierten westlichen Ländern und dem sozialistischen östlichen Lager war der Urgrund für den schnellen Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems. Es war nicht so sehr sein sozialistischer Charakter, den es zu überwinden galt, sondern die vorgegaukelte Konsumwelt des Westens, die schnell für ein besseres Leben errungen werden sollte. Die sich aus dem »Kalten Krieg« ergebenden Zwänge sind nun entfallen, aber die als nachahmenswert bewunderte Ökonomie des Westens erweist sich aus systemimmanenten Gründen als nicht zukunftssträchtig und selbst als transformationsbedürftig.

Verläßliche und vorausschauende Planung ist unabdingbare Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. Dies gilt für die Unternehmen wie die gesamte Volkswirtschaft. Es versteht sich von selbst, daß eine »Staatwirtschaft«, in der der Staat alles bis zum letzten Nagel reglementiert und den Einzelbetrieben vorschreibt, was sie zu tun haben, nicht das Ziel sein kann. Planung und Kontrolle können und sollten daher weitgehend autonomen, nur der Dienstaufsicht des Staates unterstellten Einrichtungen überlassen werden, die eng mit den Unternehmen zusammenarbeiten.

Im Grunde können die Einzelbetriebe im Sozialismus so weitergeführt werden wie bisher, nur daß die Eigentumsverhältnisse und die Art der Finanzierung sich ändern. An die Stelle des Privatei-

gentums an den Produktionsmitteln tritt gemeinwirtschaftliches Eigentum. *Es versteht sich dabei von selbst, daß volkswirtschaftlich gebotene Vorgaben beachtet werden müssen..*

Den Einzelbetrieben muß eine hohe Autonomie und Eigenverantwortlichkeit erhalten bleiben, da sie die sich vor Ort ergebenden Verhältnisse und Bedingungen besser beurteilen können als die Planungsstellen. Nur so kann auch die Eigeninitiative der Führungskräfte und Mitarbeiter als unerläßlicher Antriebsmotor am wirkungsvollsten in den Dienst der Sache gestellt werden.

Gemeinwohl bezweckt mit dem Wohle des eigenen Volkes und aller Völker zugleich das Wohl jedes einzelnen in Gegenwart und Zukunft. Staat und Wirtschaft dürfen nie Selbstzweck und noch weniger Selbstbedienungsladen einiger weniger sein. Dies gilt für jede Staats- und Wirtschaftsform, wenn sie von Dauer sein soll. Hierzu ist eine auf das Funktionieren der Gesamtwirtschaft und deren Stabilität ausgerichtete Planung unerläßlich. Die Effektivität von Planungsbehörden ist am größten, wenn sie möglichst geräuschlos arbeiten und nicht im politischen Interessenstreit (im Wahlkampf oder zur Selbstdarstellung) mißbraucht werden. Kritik an ihrer Arbeit ist unerläßlich, darf aber niemals Selbstzweck sein.

Eine sozialistisch ausgerichtete Wirtschaft ist nicht ohne weiteres gleichbedeutend mit spontan einsetzendem Wohlstand und betrieblicher Effektivität. Diese Ziele können nur mit Hilfe harter Arbeit, richtiger Globalsteuerung und angemessenen politischen Zielvorgaben errungen werden. Sozialismus ist Abkehr von der Zins- und Kreditwirtschaft. Für die Firmen bedeutet dies, daß die Investitionen über die Preise, über Steuern und im Umlageverfahren der Betriebe finanziert werden. Innerbetrieblich richtet sich die Führung und der Ablauf der betrieblichen Vorgänge nach den gleichen Regeln und Kriterien, wie sie auch im kapitalistischen System gelten und praktiziert werden. Ziel ist hier allerdings nicht privater Gewinn um jeden Preis, sondern ein am Gemeinwohl orientierter höchstmöglicher Gewinn unter optimaler Ausnutzung natürlicher Ressourcen sowie sachlicher und personeller Mittel. Strikte Rationalität ist selbstverständliches Gebot.

Die Preisbildung sollte wie auch in der marktwirtschaftlichen Ordnung in aller Regel auf der Grundlage der Selbstkosten erfolgen. Das macht Subventionen weitgehend überflüssig. Dies zwingt die Betriebe zur Gewinn- und Verlustrechnung, läßt sie die Ursachen für Verluste schnell erkennen, macht die Leistungsfähigkeit der Betriebe durchsichtiger und erleichtert Vergleiche. Ob und inwieweit Privatbetriebe erlaubt sein können, inwieweit Verpachtung eine Alternative sein kann, richtet sich ausschließlich danach, daß neben angemessener Entlohnung der betrieblichen Leitungsrbeit keine mühelosen Einkünfte erzielt werden dürfen, die dann wieder als Quelle neuer kapitalistischer Betätigung dienen können – und nach bisheriger Erfahrung auch würden.

Antriebsmotor des kapitalistischen Systems ist der individuelle Eigennutz. Das Streben nach Nutzen und Vorteilen ist dem Menschen angeboren wie der Sinn für Gerechtigkeit, jedenfalls soweit es um das eigene Ich geht. Soll das Gemeinwohl nicht gefährdet werden, kommt es darauf an, dieses Streben nach Eigennutz so mit

»Ausgangspunkt einer modernen Sozialismuskonzeption für die kapitalistischen Metropolen ist also die erreichte sozialstaatliche Regulierung der kapitalistischen Ausbeutung und Konkurrenz. Mit der entschiedenen Ausweitung der Rechte der Lohnabhängigen in Richtung auf eine demokratische Unternehmensverfassung und den Ausbau der schon praktizierten gesellschaftlichen Steuerung eröffnet sich eine Struktur des Gemeinwesens, in dem wirtschaftlicher Wettbewerb über Märkte und gesellschaftliche Rahmenplanung vereinbar sind.«

Joachim Bischoff/Michael Menard: Marktwirtschaft und Sozialismus. Der Dritte Weg, Hamburg 1990, S. 55.

den gesellschaftlichen Interessen zu verbinden, daß Eigennutz und Gemeinwohl miteinander korrespondieren. Leistungswille und Leistungsbereitschaft sind auch die Triebfeder im dargestellten sozialistischen System. Leistung und Entgelt müssen daher einander entsprechen. Wer mehr leistet, hat Anspruch auf bessere Bezahlung. Leistung darf weder zum Fetisch erhoben werden noch eine humane Gestaltung des Arbeitsprozesses in Frage stellen, noch darf sie verteufelt werden.

Lohngerechtigkeit führt zu einer auf Leistung aufbauenden Einkommensschichtung. Auch wenn die Struktur der Gesellschaft hiervon nicht unberührt bleibt, wird dies allgemein akzeptiert, solange die Einkommensunterschiede nicht zu neuen Herrschaftsverhältnissen führen. Daher kommt der Bemessung der Arbeitseinkommen am individuell erbrachten gesellschaftlichen Nutzen größte Bedeutung in einer sozialistisch ausgerichteten Gesellschaft zu. Unangemessen hohe Gehälter sind genauso abzulehnen wie die ›Ausbeutung‹ der Tüchtigen und Fleißigen durch die weniger Leistungswilligen oder zur Sicherung von Partei- und Funktionärsprüfständen. Für eine soziale Hängematte ist kein Platz. Daß Menschen mit Behinderungen besonderer Unterstützung und beruflicher Förderung bedürfen, versteht sich von selbst und steht dazu nicht im Widerspruch.

Auf der Ebene der Volkswirtschaft geht es darum, im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten den höchst erreichbaren Wohlstand zu erreichen. Dazu dient letztlich auch der internationale Austausch von Handelsgütern. Dieser darf aber weder zu Lasten der eigenen Volkswirtschaft noch zu Lasten anderer Staaten gehen.

Für jede stabile Volkswirtschaft ist eine ausgeglichene Handelsbilanz deshalb oberstes Gebot. Wenn dennoch unter Berufung auf den freien Welthandel in den kapitalistischen Ländern – entgegen jeder Vernunft – bis zum Übermaß gegen dieses Gebot verstoßen wird, hat dies natürlich ökonomische Beweggründe. Antrieb für die die Stabilität der eigenen Volkswirtschaft außer acht lassenden Außenhandelsgeschäfte sind die in den einzelnen Ländern unterschiedlichen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen. Sie ermöglichen einen von Land zu Land unterschiedlichen Herstellungspreis. Dadurch, daß im internationalen Handel Preisdifferenzen als Gewinne realisiert werden können, ist der Export oder der Import von Waren auch dann attraktiv, wenn ein ausreichend großer Binnenmarkt besteht.

In der Volkswirtschaftslehre wird das ›Kostengefälle‹ zwischen einzelnen Ländern als »Theorie der komparativen Kosten und Vorteile« behandelt. Demnach ist es auch für ein Land, das einem anderen in nahezu allen Produktionszweigen absolut unterlegen ist, wirtschaftlich vorteilhaft, Außenhandel zu betreiben, weil es für das überlegene Land wirtschaftlich zweckmäßig ist, nur diejenigen Güter zu erzeugen, bei denen es die größte Überlegenheit besitzt. Dieses ›Prinzip‹ liegt der modernen internationalen Arbeitsteilung zugrunde. Da aber die entwickelten Industrienationen vorwiegend als Lieferanten von Gütern mit hohem technischen »know how« auftreten, fungieren die ärmeren Länder im Welthandel gewissermaßen als verlängerte Werkbank und Rohstofflieferanten. Dies ist

für sie jedoch nur so lange hinnehmbar, wie ihre Handelsbilanz insgesamt ausgeglichen ist.

So gesehen, bestehen z.B. keine außenhandelspolitischen Bedenken, wenn die Produktion von Waren mit hohem Arbeitsanteil, wie etwa in der Textilindustrie, ins Ausland verlagert wird, solange dies die Vollbeschäftigung im eigenen Land nicht beeinträchtigt und vom Exportland im gleichen Wertumfang Importe getätigt werden. Vollzieht sich der Waren- und Leistungsaustausch auf solcher Basis von Gegenseitigkeit, gedeihen die internationalen Handelsbeziehungen zu allseitigem Nutzen. Um die Ausgewogenheit zwischen Exporten und Importen zu sichern, bedarf es aber nationaler Kontrolle und Steuerung. Wird der Außenhandel dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, treten regelmäßig verhängnisvolle Entwicklungen ein. Die Importländer sehen, soweit es um einströmende Billigware geht, den eigenen Binnenmarkt gefährdet und versuchen, dies im Rahmen des Möglichen durch Protektionismus und Exportsubventionen zum Schutz der eigenen Industrie auszugleichen. Um ihren eigenen Exportanteil zu halten oder zu erhöhen, versuchen die Exportländer ihre Wettbewerbsposition vor allem zu Lasten der eigenen Arbeitnehmer zu verbessern.

Wenn gegenwärtig von wirtschaftlichem Strukturwandel die Rede ist, wird als Begründung in der Regel die sich abzeichnende weltwirtschaftliche Globalisierung ins Feld geführt. Abseits des rhetorischen Verwirrspiels verbirgt sich dahinter nichts anderes, als daß die weltweit operierenden Unternehmen versuchen, die unterschiedlichen Arbeits- und Herstellungskosten einzelner Länder im Rahmen des Möglichen zu ihren Gunsten auszunutzen. Diese Strategie geht aber letztendlich auch immer zu Lasten der leistungsstärkeren Volkswirtschaften, die – ohnehin unter dem Druck wachsender Arbeitslosigkeit stehend – durch Abwanderung von Industriebetrieben und Kapital sowie Beschäftigung von Billigarbeitern zusätzlichen Belastungen ausgesetzt werden. Geht als zwangsläufige Folge die Nachfrage in den entwickelten Volkswirtschaften zurück, hat dies entsprechende Rückwirkung auf die weniger entwickelten Länder, die zwar vorübergehend von der Globalisierung profitiert haben, bis auch der Absatz der von ihnen billiger produzierten Güter wie auch die Beschäftigung ihrer billigeren Arbeitskräfte stockt und die Auslandsschulden nicht mehr bedient werden können. Auf längere Sicht sind alle Volkswirtschaften negativ betroffen.

Antriebsmittel des freien Welthandels, so wie er gegenwärtig interpretiert wird, ist der freie grenzüberschreitende Kapitalverkehr. Er nimmt keine Rücksicht auf die Ausgewogenheit von Export- und Importbilanz. Maßstab sind allein vermeintliche Gewinnaussichten einzelner Unternehmen.

Handelsbilanzüberschüsse und -defizite zeigen an, daß Ex- und Importe wertmäßig auseinanderlaufen. Exportüberschüsse haben zur Folge, daß die Warenlieferungen nicht durch Exporteinnahmen der Partnerländer gedeckt sind. Möglich werden sie nur, wenn die die Importe übersteigenden Ausfuhren auf Kredit geliefert werden. *Wer Exportüberschüsse erzielt, gewährt Kredite. Wer Handelsdefizite ausweist, lebt von Krediten.*

»Im Unterschied zum nationalstaatlichen und parteipolitischen Neoliberalismus/ Neokonservativismus der 70er Jahre erfährt in der kapitalistischen Globalisierung der 80er und 90er Jahre der Angriff auf den Sozial- und Wohlfahrtsstaat eine wesentlich machtvollere Rechtfertigung als allein durch die neokonservative Ideologie...: der Neoliberalismus erscheint als alternativer ›Sachzwang‹, dessen Durchsetzung über die Gewalt der Konkurrenz- und Zwangsverhältnisse des Weltmarktes abgesichert wird... Kapitalistische Globalisierung bezeichnet also einen Prozeß, mit dem die neoliberale Reform mit den weltwirtschaftlichen ›constraints‹ rückgekoppelt wird, um sich nachhaltig und unabhängig von Regierungsmehrheiten durchzusetzen.« Bernd Röttger: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation, Münster 1997, S. 20.

Je mehr die Handelsdefizite steigen, desto höher werden Zins- und Tilgungsraten. Die auf Kredit gelieferten Waren sind längst verbraucht, die Kreditkosten aber müssen immer weiter abbezahlt werden. Ohne Schaden für die eigene Volkswirtschaft könnten die Schulden nur durch ein die Kreditkosten ausgleichendes oder übersteigendes Wirtschaftswachstum aufgefangen oder abgebaut werden. Je höher der Schuldenberg, desto schwieriger ist diese Aufgabe zu lösen. Reicht das Wirtschaftswachstum zur Bedienung der aufgelaufenen Schulden nicht mehr aus, muß aus der Substanz getilgt werden, d.h. der Verfall von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft ist nicht mehr aufzuhalten. Wohin dies führt, hat nicht zuletzt die seit 1997/98 andauernde schwere Wirtschaftskrise in Asien gezeigt, die inzwischen auch Rußland und Lateinamerika erreicht hat.

Die rasch zunehmende Verarmung in weiten Teilen der unterentwickelten Welt hat ihren Ausgangspunkt in einer falschen, den betroffenen Ländern aufgenötigten Handels- und Wirtschaftspolitik. Die aus den ihnen gewährten Krediten erwachsenden Zins- und Tilgungslasten haben ein solches Ausmaß erreicht, daß sie vielfach durch Exporterlöse nicht mehr bedient werden können und deshalb rapide weiter anwachsen. Aber auch für die Menschen in Ländern mit Handelsüberschüssen – die Kreditgeber – entstehen unübersehbare Nachteile. Die ins Ausland vergebenen Kredite stehen als Investitionen im Inland nicht mehr zur Verfügung. Geraten diese Darlehn dann noch unter Refinanzierungsdruck, gehen die Banken schließlich dazu über, die entstandenen Einbußen über den Zins auf die inländischen Kreditnehmer überzuwälzen, wodurch sich der Realzins erhöht.

Gemessen an ihren Absichtserklärungen schicken sich die Staaten Europas an, einen hoch integrierten gemeinsamen Wirtschaftsraum zu bilden. Noch liegen die Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen der einzelnen Länder zum Teil weit auseinander. Solange dieser Zustand besteht, ist ein tatsächlich einheitlicher Markt mit einem von jeder Regulierung befreiten grenzüberschreitenden Warenverkehr, freier Wahl des Arbeitsplatzes und beliebiger Verlagerung von Produktionsstätten nicht möglich.

Der EU-Agrarmarkt mit seinen Regulierungen läßt ahnen, was geschehen würde, wenn diese Reglementierungen beseitigt würden. Genauso verhängnisvoll wäre ein völlig freier Markt auch für alle anderen Bereiche. Billigwaren und Billigarbeitskräfte der weniger entwickelten Länder würden die wirtschaftlich stärkeren Länder überziehen und deren Volkswirtschaften ruinieren. Dies kann niemand wollen. Deshalb könnte als Beginn eines weitgehend freien (Binnen)Marktes nur ein Zusammenschluß solcher europäischen Länder versucht werden, bei denen schon jetzt in hohem Maße angenäherte Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialbedingungen bestehen. Es müßte dann Aufgabe dieser stärkeren Länder sein, die schwächeren auf dem Weg zur Angleichung so zu unterstützen, daß dieses Ziel längerfristig für alle erreicht wird.

Wie beim derzeitigen Zustand eine einheitliche Währung auf dem Wege zur Integration weiterhelfen soll, ist unerfindlich. Zwar wird es nunmehr nach Einführung der Währungsunion keine Mög-

»Ein Erfolg des Euro würde einen Teil der Weltwährungsreserven aus dem Dollar abziehen und eine Aufwertung des Euro bewirken. Das könnte mittelfristig zwar die Handelsposition der USA verbessern und die der EU verschlechtern, und eben dadurch in Richtung auf ein Handelsgleichgewicht wirken. Kurzfristig würde sich jedoch eine sehr instabile Wechselkursituation zwischen den drei führenden Weltwährungen oder möglicherweise sogar ein Währungsduopol von Dollar und Euro ergeben. Eine solche Situation enthält Chancen für eine auf dem Verhandlungsweg herbeigeführte Stabilität, kann aber auch zu konkurrentieller Instabilität führen. Auf jeden Fall besteht die Gefahr von schnellen Wechselkurschwankungen mit exzessiven Ausschlägen nach oben und unten, also ein ideales Betätigungsfeld für die Währungsspekulation.«
Jörg Huffschmied/Geert Reuten/Robert Went:
Euroland. Herrschaft des Finanzkapitals – Chancen für eine neue Ökonomie, in: Supplement der Zeitschrift Sozialismus, 3/99, S. 6.

lichkeit mehr geben, unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen in den Mitgliedsländern durch Wechselkursänderungen der nationalen Währungen auszugleichen. Daraus erwächst aber keine gemeinsame Lohn- und Preisstabilität. Die weiterhin bestehenden unterschiedlichen Arbeits-, Wirtschafts- und Sozialbedingungen müßten naturgemäß im Laufe der Zeit bei einheitlicher Währung anstelle von Wechselkursänderungen zwangsläufig zu entsprechenden direkten Veränderungen im Lohn- und Preisgefüge der Mitgliedsländer führen. Dies aber ist ein mühsamer und schwieriger Weg. Gelingt es nicht, auf diese oder jene Weise die Ungleichgewichte im Zahlungs- und Handelsverkehr auszugleichen, sind zunehmende handelspolitische Spannungen zwischen den Mitgliedsländern unvermeidlich.

Geht, wie allgemein zu erwarten, das Wirtschaftswachstum weiter zurück, wird dies aus systemeigenen Gründen genau wie bei den bisher unterschiedlichen Währungen in ganz Europa zu mehr Arbeitslosigkeit und Lohnabbau und im Falle der Gegensteuerung durch Lohnanhebungen zu mehr Inflation führen. Ein einheitliches Europa kann und wird nicht funktionieren, wenn und solange nicht übergeordnete Institutionen für eine einheitliche Ausrichtung wie gegenseitige Anpassung der beteiligten Volkswirtschaften und eine Befolgung zentraler volkswirtschaftlich wichtiger Vorgaben sorgen.

Die Europäische Union von heute ist ein vom freien Handel im freien Spiel der Marktkräfte ausgehendes kapitalistisch orientiertes Gebilde. Wenn im Rahmen einer unerläßlichen allgemeinen wirtschaftlichen Neuordnung die Kredit- und Zinswirtschaft überwunden wird, hat die *heutige* Union ihre Basis verloren. Sie sollte dann zunächst auf die Funktionen beschränkt werden, die als Vorstufe eines vereinten sozialistischen Europas unerläßlich sind.

Trotz des Aufwands, mit dem sich gegenwärtig die EU-Kommission mit ihrem gewaltig aufgeblähten Apparat um Regulierungsmaßnahmen bemüht, ist der in ganz Europa spürbare wirtschaftliche und soziale Niedergang nicht verhindert oder aufgehalten worden. Die Schwächen des kapitalistischen Systems lassen sich eben auch auf überstaatlicher Ebene nicht lösen, solange das System nicht geändert wird.